



Teil 2: Wirtschaftspolitische Konsequenzen

- Ergebnisse BIHK-Konjunkturumfrage mit 3.700 Antworten. Es ist die größte Konjunkturumfrage in Bayern.
- Befragungszeitraum: 15.09.21 bis 30.09.21

Zentrale Aussagen der Konjunkturumfrage: Engpässe bremsen Erholung

Nachlassende Corona-Beschränkungen haben die Stimmung in der bayerischen Wirtschaft spürbar ansteigen lassen. Die Unternehmen sind sogar besser gestimmt als vor der Corona-Pandemie. Die Nachfrage ist hoch und die Auftragsbücher sind gut gefüllt. Lieferprobleme, Materialmangel und Fachkräftemangel verhindern allerdings, dass unter Volllast produziert und die Nachfrage kurzfristig bedient werden kann. Die Erholung wird hierdurch signifikant gebremst. Mittelfristig bleiben die Aussichten hingegen günstig: Die Unternehmen rechnen mit einer robusten Nachfrage. Um diese bedienen zu können und den Umbau zur nachhaltigen Wirtschaft voranzutreiben, wollen sie Personal einstellen und investieren.

Wirtschaftspolitische Forderungen

- 1. Energiewende versorgungssicher und preislich wettbewerbsfähig gestalten**
- 2. Steuerpolitik: Private Investitionen stärken**
- 3. Digitalisierung und Beschleunigung der Verwaltung**

1. Energiewende versorgungssicher und preislich wettbewerbsfähig gestalten

a) Stromnachfrage/-Angebot/-Leitungen

- Die nächste Legislaturperiode des Deutschen Bundestags ist entscheidend für den ambitionierten Weg zur Klimaneutralität 2045.
- Eine zentrale Rolle wird dabei der Strom spielen.
- Der schnellstmögliche Ausbau der Stromnetze und der erneuerbaren Energien durch beschleunigte Planungs- und Genehmigungsverfahren muss ganz oben auf der politischen Agenda stehen.
- Zudem werden wir um (Strom-)Partnerschaften nicht umhinkommen: Laut aktueller Dena-Studie steigt die Bruttostromnachfrage bis 2030 auf 700 TWh. Dies ist deutlich mehr als vom BMWi veranschlagt wurde (650 TWh). Da die hiesigen Kapazitäten nicht schnell genug aufgebaut werden, wird Deutschland ab 2030 zum Netto-Strom-Importeur.



- Parallel zum Ausbau der erneuerbaren Energien muss das Strom-Übertragungsnetz ausgebaut werden. Die aktuellen Planungen reichen laut Dena nicht aus. Schon bis 2030 besteht ein zusätzlicher Zubau-Bedarf von etwa 2.700 Trassenkilometern, bis 2045 sogar von 8.200 Trassenkilometern. Das entspricht zusätzlichen Investitionen von ca. 6,7 Mrd. Euro bis 2030 und 19,3 Mrd. Euro bis 2045. Es braucht mehr Investitionen, aber vor allem deutlich schnellere Planungs- und Genehmigungsverfahren sowie die politische Standfestigkeit, die Planungen auch gegen Widerstände durchzusetzen.

b) Strompreise

- Die Strompreise werden in Folge der deutlich steigenden Erdgas- und Kohlepreise steigen. Gerade mit Blick auf Zukunftstechnologien wie Wasserstoff, klimaneutrale Grundstoffproduktion oder Batteriefertigung ist der Strompreis ein zentraler Wettbewerbsfaktor.
- Im internationalen Vergleich der G20 zahlen deutsche Industriestromkunden mit Abstand die höchsten Strompreise; fast drei Mal so viel wie z.B. in den USA oder in China.
- Die Bepreisung von CO₂ ist grundsätzlich ein sinnvolles Instrument der Klimapolitik. Um die Wettbewerbsfähigkeit nicht zu gefährden müssen allerdings im Gleichklang mit steigender CO₂-Bepreisung die EEG- und andere Umlagen abgeschafft bzw. reduziert werden.
- Auch wenn die EEG-Umlage für 2022 reduziert wurde, muss die Stromsteuer von 2 auf 0,05 Cent/kWh kurzfristig gesenkt werden.



2. Steuerpolitik: Private Investitionen stärken

- Investitionen spielen beim Umbau zur Nachhaltigkeit die entscheidende Rolle. 90 % der Investitionen in Deutschland stammen von privaten Haushalten oder Unternehmen.
- Schnellere Abschreibungsregeln erhöhen die Investitionsdynamik. Konkret sollte die Abschreibungsdauer an kürzere technologische Zyklen angepasst und die degressive Abschreibung entfristet werden (aktuell auf Investitionen 2020/21 beschränkt). Zudem sollte die Wertgrenze für geringwertige Wirtschaftsgüter auf 5.000 Euro erhöht werden.
- Um Technologien voranzutreiben muss die steuerliche FuE-Förderung ausgebaut, müssen Rahmenbedingungen für Startups und für Innovationen verbessert, der Wagniskapital-Zugang erleichtert und Umstrukturierungshemmnisse abgebaut werden.
- In der aktuellen Lage wären Zusatzlasten zur Finanzierung von Krisenkosten absolut kontraproduktiv. Daher: Keine höheren/neuen Steuern auf Substanz von Unternehmen, wie z. B. bei ErbSt oder VSt.

3. Staatsverwaltung funktioniert nicht mehr

- Sowohl zur Bewältigung der Klimawende als auch zur Entfesselung der Wirtschaft muss die nächste Bundesregierung die Verwaltung ins Digitalzeitalter bringen, ein neues Verständnis von Bürokratie schaffen und Zukunft genehmigen.
- Die aktuellen Regeln sind so komplex, dass die Verwaltung sie teils nicht mehr vollziehen kann. Ziel muss ein klares, einfaches, verständliches und international wettbewerbsfähiges Regelwerk sein.
- Alle Verwaltungsleistungen müssen digitalisiert und den Kundenwünschen entsprechend angeboten werden. Bei der Umstellung helfen klare Zielvorgaben für die Leistungserbringung, wie sie in der Wirtschaft seit Jahrzehnten üblich sind.
- Um das Bautempo für einen schnelleren Umbau der Wirtschaft und Gesellschaft zu erhöhen, muss das Baurecht modernisiert und reformiert werden.